



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 01. Februar 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

eine besondere und denkwürdige Sitzungswoche liegt hinter uns. Im Mittelpunkt standen die reichlich verspäteten Abschlussberatungen zum Bundeshaushalt 2024. Der Prozess dorthin war von beispiellosem Chaos geprägt. Es gab keine Eckwerte und der Regierungsentwurf kam verspätet. Dann traf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu unserer Klage gegen den Zweiten Nachtragshaushalt 2021 die Ampel völlig unvorbereitet. Ein Plan B war trotz Ankündigung nicht vorhanden. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen schienen paralysiert und hatten offenkundig keinen Überblick. Nach zwei Bereinigungssitzungen mit insgesamt rd. 25 Stunden Beratungszeit wurde ein Haushalt verabschiedet, der nicht zu einer Aufbruchstimmung in Deutschland führen, sondern bei vielen Bürgern und Unternehmen für Frust und Angst um die eigene Existenz sorgen wird.

„Gut Ding‘ will Weile haben“ lautet eigentlich ein Sprichwort – dieser Haushalt verspricht jedoch leider das genaue Gegenteil.

Die diesjährige Gedenkstunde für die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft stand auch im Zeichen der eskalierenden Gewalt im Nahen Osten und des grassierenden Antisemitismus in unserem Land. In zwei bewegenden Reden mahnten uns die Shoah-Überlebende Eva Szepesi und der Sportjournalist Marcel Reif zum Schutz jüdischen Lebens in unserem Land. Besonders ermutigend finde auch ich die zahlreichen Kundgebungen in den vergangenen Wochen, die sich gegen das rechtsradikale Gedankengut der AfD wenden. Für mich ist klar: Diese Partei ist keine Alternative, sondern führt uns mit ihren Plänen (deutscher EU-Austritt, Massenabschiebungen deutscher Staatsbürger) direkt an den Abgrund. Hier müssen die demokratischen Parteien und die Gesellschaft gemeinsam deutlichen Widerstand zeigen.

Ein traditionell erfreulicher Programmpunkt im Januar ist mittlerweile der Besuch der Delegation um den Wehrheimer Bürgermeister Gregor Sommer und die Apfelblütenkönigin, die alljährlich auf der „Grünen Woche“ unsere Heimat repräsentieren.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Bundeshaushalt 2024: Orientierungslosigkeit in Zahlen**
- **Bewegende Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus**
- **Wehrheimer Delegation zu Gast in Berlin**
- **Gute Nachricht der Woche: Landratswahl stärkt demokratische Parteien im HTK**

Bundeshaushalt 2024: Orientierungslosigkeit in Zahlen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts waren Kanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner vier Wochen auf der Suche nach Geld, um dann ein vermeintliches „Sparpaket“ in Höhe von 17 Milliarden Euro vorzulegen, dessen Details sie zunächst nicht einmal erklären konnten (oder wollten?). Dieses entpuppte sich vielmehr als „Belastungspaket“ mit Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft. Echte Einsparungen im Bundeshaushalt muss man dagegen mit der Lupe suchen. Die Ministerien leisten gerade einmal einen Sparbetrag von 1,4 Milliarden Euro. Ansonsten agiert die Bundesregierung mit Verschiebeparkplätzen, Hoffnungswerten und Einnahmeverbesserungen durch höhere Belastungen. Das Handeln zeigt weiterhin auch eine soziale Schieflage: Während rund 2,5 Milliarden Euro für die 12%ige Erhöhung des Bürgergelds zur Verfügung gestellt werden, wird den Bauern die Agrardieseldieselrückvergütung gestrichen. Den Menschen, die für die Ernährungssicherheit in unserem Land und darüber hinaus sorgen, wird ein inakzeptables Sonderopfer zur Haushaltssanierung abverlangt.

Insgesamt ist zu befürchten, dass die Vielzahl der Steuer- und Abgabenerhöhungen Bürger und Unternehmen überfordert. Es geht um einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag durch Maßnahmen wie die Erhöhung von LKW-Maut, Plastik- und Luftverkehrsabgabe, einen höheren CO₂-Preis und die Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas. Erschwerend kommt hinzu, dass in vielen Fällen die Sozialversicherungsbeiträge gestiegen sind. Weitere Beitragssteigerungen dürfen folgen, da die Ampel den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich kürzen will.

Standpunkt: *Die Haushaltspolitik der Ampel wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. In Deutschland gibt es gegenwärtig zwei Kernaufgaben: den Schutz der Freiheit im Äußeren und die Wahrung des Wohlstands im Inneren. Diese Kernaufgaben werden durch den Ampel-Haushalt 2024 nicht abgebildet. Es fehlt eine aktive, zukunftsgerichtete Strategie. In dieser Koalition geht es immer nur darum den Burgfrieden sicherzustellen, indem jeder etwas bekommt. Es müssten aber große Ausgabenblöcke wie beispielsweise das Bürgergeld in den Blick genommen und dadurch reduziert werden, dass größere Anreize für eine Arbeitsaufnahme gesetzt werden. Stattdessen werden Konsolidierungsbedarfe durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben vermeintlich gelöst und damit die breite Bevölkerung und bestimmte Branchen, wie die Landwirtschaft*

und die Luftverkehrswirtschaft, zusätzlich belastet. Tatsächlich müssten jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, dass in Deutschland Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gesichert werden und die richtigen Antworten auf die geo- sowie sicherheitspolitischen Herausforderungen gegeben werden. Die Koalition gibt sie mit diesem Haushalt nicht. •

Medikamentenmangel wirksam angehen!

Seit über einem Jahr erlebt Deutschland eine akute Medikamentenknappheit. Fiebersäfte, Schmerzmittel, Cholesterinsenker, Insulin, Antibiotika und Krebsmedikamente sind vielerorts Mangelware. Ein Ende der Mangelwirtschaft ist nicht absehbar. Diese Versorgungsunsicherheit belastet Patienten, Apotheker und Ärzte. Besonders belastend ist die Mangelsituation für chronisch und schwer kranke Menschen, die auf ihre gewohnten Arzneimittel verzichten müssen, sowie für Familien mit kleinen Kindern. Teilweise führt die schwer erträgliche Situation sogar zu „Hamsterkäufen“, was die Medikamentenknappheit noch erhöht und mit unnötigen Kosten einhergeht.

Durch das „GKV-Finanzstabilisierungsgesetz“ wurde die allgemeine Versorgungslage sogar noch verschärft:

Indem die Ampel die Vergütungsregelungen für Apotheken durch zusätzliche Abschlagszahlungen verschlechterte, hat sich die wirtschaftliche Lage vieler Apotheken verschärft. Damit beschleunigt die Bundesregierung das Apothekensterben und gefährdet die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Durch die weitere Verschärfung der Finanzierungsregelungen für pharmazeutische Unternehmen, etwa bei der Preisbildung von Arzneimitteln, wird zudem der Pharma-Standort Deutschland unattraktiver. Auch das im Sommer 2023 von der Ampel beschlossene „Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfung- und Versorgungsverbesserungsgesetz“ löste die bestehenden Probleme und Lieferengpässe nicht ansatzweise, da das Gesetz keine Sofortmaßnahmen ergreift, um der Situation zielgerichtet Herr zu werden. Den bereits vor einem Jahr von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geforderten Pharmagipfel organisierte die Ampel-Koalition erst mit elf Monaten Verzug.

Standpunkt: *Im vergangenen Jahr hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit zwei Anträgen konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Sie sind in der jetzigen Situation aktueller denn je. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich den Pharmadialog wieder aufzunehmen und den Apotheken mehr Spielräume in Mangelsituationen zu ermöglichen.*

So müssen die Austauschregelungen für Medikamente bei Nichtverfügbarkeit erweitert oder der breitere Einsatz bei Kinderarzneimitteln – auch über die eigentliche Zulassung hinaus – ermöglicht werden. Die Apothekerinnen und Apotheker sollen in Mangelsituationen außerdem mehr Möglichkeiten erhalten, vergleichbare Arzneimittel auszugeben und insgesamt weniger bürokratischen Hindernissen unterworfen werden. Auch wollen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Forschungsstandort Deutschland für klinische Prüfungen stärken. Zudem braucht es ein wirkungsvolles Monitoring sowie ein nationales und ein EU-weites Frühwarnsystem, um rechtzeitig auf Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln reagieren zu können. Insbesondere auf EU-Ebene muss die Bundesregierung sich daher verstärkt in die Revision der Arzneimittelgesetzgebung einbringen. Denn auch dort wird aktuell über die Bekämpfung von Lieferengpässen, die schnellere Zulassung von Arzneimitteln und harmonisierte Meldekriterien diskutiert. •

„Sei a Mensch!“ Bewegende Gedenkstunde für die Opfer der Nazi-Ge- waltherrschaft

Wer schweigt, mache sich mitschuldig. Mit diesen Worten hat die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi angesichts der jüngsten Zunahme judenfeindlicher Vorfälle in Deutschland zu mehr Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und Menschenhass aufgerufen. In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus hielt sie ein eindringliches Plädoyer gegen das Vergessen und für mehr Menschlichkeit und Empathie. „Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten und dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.“

Der Sportjournalist Marcel Reif, dessen Vater den Holocaust nur knapp überlebte, sprach als Vertreter der Nachfolgeneration. Menschen wie Eva Szepesi hätten Deutschland eine zweite Chance gegeben, ist er überzeugt. Eine Chance, „es anders, besser, richtig zu machen. Diese Chance dürfe niemals und nirgends vertan werden“, so der 74-jährige. Das „Nie wieder“ müsse „gelebte, unverrückbare Wirklichkeit“ sein.

Sein Vater habe bis zu seinem Tod über seine Erlebnisse geschwiegen, jedoch ihm etwas über einen einfachen und dennoch wundervollen jiddischen Satz mitgegeben, was man als Mahnung, als Warnung, als Ratschlag oder auch Tadel verstehen könne:

„Sej a Mensch – sei ein Mensch!“

Wehrheimer Delegation zu Gast auf Grüner Woche

Ein mittlerweile schon traditioneller Programmpunkt im Januar, auf den ich mich stets besonders freue: Auch dieses Jahr war eine Wehrheimer Delegation, angeführt von Apfelblütenkönigin Larissa I. und Bürgermeister Gregor Sommer wieder zu Gast auf der Grünen Woche, der weltweit bedeutendsten Messe für Ernährungs- und Landwirtschaft. Dort bestand die Möglichkeit, für unsere schöne Taunusheimat zu werben. Gerne haben mein Büro und ich ein kleines politisches Rahmenprogramm am Rande des Messebesuchs organisiert, bei denen eine Führung durch den Bundestag und das Regierungsviertel sowie der Besuch der Hessischen Landesvertretung auf der Agenda standen. Eine Diskussionsrunde mit mir kam selbstverständlich auch nicht zu kurz. Schön, dass ihr da wart!

Die gute Nachricht der Woche Landratswahl stärkt Demokratie im Hochtaunus

Am vergangenen Sonntag waren die Bürgerinnen und Bürger des Hochtaunuskreises zur Wahl eines neuen Landrats aufgerufen. Ich bin froh und dankbar, dass mein Parteifreund Ulrich Krebs für eine vierte, sechsjährige Amtszeit mit einem starken Ergebnis von 67,1% wiedergewählt wurde. Vielen Dank allen Wahlhelfenden und Unterstützern, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Mindestens ebenso glücklich bin ich darüber, dass die grüne Herausforderin Sabine Schwarz-Odewald einen deutlichen zweiten Platz vor dem Kandidaten der AfD belegte, der auf knapp 10% der Stimmen kam. Gerade dies zeigt, dass es innerhalb des demokratischen Parteienspektrums doch eine Wahl gibt und die übergroße Mehrheit die vermeintlich verlockenden, aber gleichzeitig widersinnigen Inhalte der AfD in unserem Heimatkreis nicht teilt. •